

Lutz Schrader

# Frieden und Demokratie

Kurseinheiten 1 bis 3

Fakultät für  
**Kultur- und  
Sozialwissen-  
schaften**

---

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m<sup>2</sup>, weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers.....	9
Vorstellung des Kursautors.....	10
Kursbeschreibung.....	12
Lehr- und Lernziele.....	15
Zusätzlich empfohlene Literatur.....	16
 KURSEINHEIT I	
<b>Die Theorie des „demokratischen Friedens“. Innenansichten einer wissenschaftlichen Debatte.....</b>	<b>17</b>
 <b>1 DIE POLITISCHE UND WISSENSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER THEORIE DES „DEMOKRATISCHEN FRIEDENS“ .....</b>	<b>17</b>
1.1 Die politische Bedeutung der Theorie des „demokratischen Friedens“ .....	18
1.2 Die wissenschaftliche Bedeutung der Theorie des „demokratischen Friedens“ .....	25
 <b>2 URSPRUNG UND GENESIS DER DEBATTE ZUM „DEMOKRATISCHEN FRIEDEN“ .....</b>	<b>29</b>
 <b>3 EMPIRISCHE BEFUNDE UND HYPOTHESEN DER THEORIE DES „DEMOKRATISCHEN FRIEDENS“ .....</b>	<b>41</b>
3.1 Vorbemerkungen zum Verhältnis von empirischer und theoretischer Forschung.....	41
3.2 Relevante empirische Datensätze zur Erforschung des „demokratischen Friedens“ .....	42
3.2.1 Datensätze zu Kriegen und bewaffneten Konflikten.....	43
3.2.2 Datensätze zum politischen Herrschaftssystem.....	44
3.3 Wichtige Beiträge zur empirisch-quantitativen Erforschung des „demokratischen Friedens“ .....	47
3.3.1 Der Beginn der aktuellen Debatte: Small/Singer (1976).....	47
3.3.2 Die Bildung der Hypothesen: Rummel (1983a).....	50
3.3.3 Die Anfechtung der Rummel’schen Hypothesen (1): Weede (1984).....	61
3.3.4 Die Anfechtung der Rummel’schen Hypothesen (2): Chan (1984).....	66
3.3.5 Die Erweiterung der bisherigen Ansätze: Maoz/Abdolali (1989).....	73

<b>3.4 Defizite und Grenzen der empirisch-quantitativen Erforschung des „demokratischen Frieden“</b> .....	<b>77</b>
3.4.1 Methodische Defizite der empirisch-quantitativen Forschung .....	78
3.4.2 Prinzipielle Grenzen empirisch-quantitativer Forschung .....	85
3.4.3 Der Artefakt-Vorwurf .....	91
3.4.4 Bilanz .....	93
<b>4 METHODISCHE ANPASSUNGEN DES EMPIRISCHEN FORSCHUNGSPROGRAMMS</b> .....	<b>96</b>
<b>4.1 Ausweitung des theoretischen Fokus: vom „demokratischen“ zum „kantianischen Frieden“</b> .....	<b>97</b>
4.1.1 Die politische Herrschaftsform .....	100
4.1.2 Die wirtschaftliche Interdependenz .....	101
4.1.3 Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen .....	104
4.1.4 Bilanz .....	106
<b>4.2 Die Erweiterung des empirischen Fokus: von der staatlichen zur extrasystemischen und systemischen Ebene</b> .....	<b>106</b>
4.2.1 Extrasystemische Kriege .....	109
4.2.2 Bürgerkriege .....	110
4.2.3 Kriege zwischen Zivilisationen .....	113
4.2.4 Die systemische Ebene .....	114
4.2.5 Bilanz .....	122
<b>4.3 Die Erweiterung des methodischen Fokus: vom monokausalen zum multikausalen Forschungsdesign</b> .....	<b>123</b>
4.3.1 Spezifizierung des Forschungsdesigns (I): die unabhängige Variable .....	123
4.3.2 Spezifizierung des Forschungsdesigns (II): die abhängige Variable .....	127
4.3.3 Spezifizierung des Forschungsdesign (III): der Test .....	130
4.3.4 Ausblick: Es bleiben ungelöste Probleme .....	133
<b>5 DIE „AUSNAHMEN“ UND „GRENZFÄLLE“ DES „DEMOKRATISCHEN FRIEDENS“</b> .....	<b>135</b>
<b>5.1 Mögliche Kriege zwischen demokratischen Staaten</b> .....	<b>136</b>
<b>5.2 Ausgewählte „Grenzfälle“ des „demokratischen Friedens“</b> .....	<b>138</b>

## **6 THEORETISCHE BEITRÄGE ZUR ERKLÄRUNG DES PHÄNOMENS DES „DEMOKRATISCHEN FRIEDENS“ ..... 153**

<b>6.1 Eine theoretische Erklärung des „demokratischen Friedens“:</b>	
Doyle (1983a u. b; 1986).....	154
<b>6.2 Die nationale oder monadische Ebene .....</b>	<b>163</b>
<b>6.3 Die dyadische Ebene.....</b>	<b>166</b>
6.3.1 Der strukturelle bzw. institutionelle Ansatz .....	167
6.3.2 Der kulturelle bzw. normative Ansatz.....	169
6.3.3 Integrative dyadische Ansätze .....	172
<b>6.4 Die systemische Ebene.....</b>	<b>177</b>
6.4.1 Der Zusammenhang von Demokratisierung und Krieg bzw. Frieden .....	179
6.4.2 Rückwirkungen der systemischen Ebene auf das Verhalten von Staaten.....	181
6.4.3 Genuin systemische Effekte .....	184
<b>6.5 Der Versuch einer liberalen Synthese – der Rückgriff auf die Kant’sche Theorie.....</b>	<b>190</b>
<b>6.6 Andere (nicht-liberale) theoretische Erklärungsansätze.....</b>	<b>195</b>
6.6.1 Ein sozial-konstruktivistischer Ansatz (Risse-Kappen 1995) .....	195
6.6.2 Ein politisch-psychologischer Ansatz (Herrmann/Kegley 1995) .....	202
<b>6.7 Eine kritische Schlussbilanz.....</b>	<b>210</b>
<b>7 LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>213</b>

## **KURSEINHEIT II**

### **Die Theorie des „demokratischen Friedens“ - Grundriss für eine sozialkonstruktivistische Reformulierung..... 233**

<b>1 EINFÜHRUNG.....</b>	<b>233</b>
<b>2 DIE SCHRITTE DER THEORETISCHEN KONZEPTBILDUNG ....</b>	<b>237</b>
2.1 Stand der theoretischen Forschung .....	237
2.2 Vom Liberalismus zum Konstruktivismus. Anknüpfungspunkte und Prämissen für eine alternative Theoriearbeit.....	240
2.3 Bausteine einer sozial-konstruktivistischen Theorie des „demokratischen Friedens“ ...	246
2.3.1 Die systemische Ebene oder die Konstruktion der Gemeinschaft demokratischer Staaten .....	246

2.3.2 Die dyadische Ebene oder die Konstruktion von Wahrnehmungen und Feindbildern .....	250
2.3.3 Die monadische Ebene oder die Konditionalität der Entscheidung über Krieg und Frieden .....	253
2.3.4 Ansätze zu einem theoretischen und empirischen Forschungsprogramm.....	257
<b>3 FAZIT .....</b>	<b>260</b>
<b>4 LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>263</b>

### KURSEINHEIT III

<b>Die Debatte im Theorie- und Forschungsfeld des „demokratischen Friedens“. Textreader mit Leitprogramm .....</b>	<b>271</b>
<b>1 EINFÜHRUNG .....</b>	<b>271</b>
1.1 Bearbeitungshinweise.....	274
1.2 Verzeichnis der ausgewählten Texte.....	275
1 Babst, Dean V., 1964: Elective Governments - A Force for Peace, in: The Wisconsin Sociologist, Vol. 3, No. 1, January 1964, S. 9-14.....	277
2 Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Håvard, 1997: Peace and Democracy. Three Levels of Analysis, in: Journal of Conflict Resolution, Vol. 42, No. 2, S. 283-310.....	285
3 Gleditsch, Nils Petter, 1996: Demokratie, Krieg und die Zukunft Europas, in: WeltTrends, Nr. 10, März, S. 109-127.....	319
4 Czempiel, Ernst-Otto, 1996: Kants Theorem Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich? In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 3. Jg., Heft 1, S. 79-101 .....	339
5 Müller, Harald, 2002: Antinomien des demokratischen Friedens, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 43, No. 1, S. 46-81 .....	363

---

<b>6 Risse-Kappen, Thomas, 1995: Democratic Peace – Warlike Democracies: A Social Constructivist Interpretation of the Democratic Peace, in: European Journal of International Relations, Vol. 1, No. 4, December, S. 491-517 .....</b>	<b>405</b>
<b>7 Peceny, Mark, 1997: A Constructivist Interpretation of the Liberal Peace: The Ambiguous Case of the Spanish-American War, in: Journal of Peace Research, Vol. 34, No. 4, S. 415 - 430 .....</b>	<b>429</b>
<b>8 Galtung, Johan, 2001: Demokratie: Diktatur = Frieden : Krieg, in: Ders.: Frieden mit friedlichen Mitteln. Frieden und Konflikt, Entwicklung und Kultur, in: Studienmaterial des Friedenswissenschaftlichen Weiterbildungsstudium IF, S. 107-123.....</b>	<b>455</b>
<b>Hinweise zur Lösung der Übungsaufgaben .....</b>	<b>473</b>

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!



## Vorwort des Herausgebers

Der vorliegende Kurs „Frieden und Demokratie“ stellt, nunmehr in überarbeiteter und aktualisierter Ausgabe, einen wichtigen Baustein des politikwissenschaftlichen Lehrangebots im Bereich der Internationalen Politik und der Friedens- und Konfliktforschung dar. Er bietet Gelegenheit, sich intensiv mit der Entstehung und (Weiter-)Entwicklung einer wissenschaftlich wie politisch einflussreichen und zwischen den verschiedenen Forschungsprogrammen der Internationalen Politik heiß umstrittenen Theorie auseinander zu setzen: der Theorie des „demokratischen Friedens“. Für die Neuauflage wurde sowohl der realgeschichtliche Wandel (etwa der Wechsel von der Clinton- zur Bush-Administration in den USA) als auch die Weiterentwicklung im theoretischen Bereich der IB-Forschung im Allgemeinen (etwa: Entwicklung des konstruktivistischen Forschungsprogramms) bzw. der Theoriebildung zum demokratischen Frieden (etwa: Weiterentwicklung zum „kantianischen Frieden“, unter Einschluss der Rolle wirtschaftlicher Interdependenz und von internationalen Organisationen) berücksichtigt. Damit bietet sich für die Studierenden die Chance, sowohl ein elaboriertes empirisches als auch ein breit gefächertes theoretisches Forschungsfeld zu inspizieren und als ein instruktives Beispiel für sozialwissenschaftliche Forschung und Theoriebildung zu studieren.

Gegenstand der These bzw. Theorie des „demokratischen Friedens“ ist die empirische Erforschung und theoretische Interpretation des Zusammenhangs zwischen der inneren politischen Verfassung demokratischer Staaten und ihrem Verhalten in den internationalen Beziehungen. Zu diesem Forschungsfeld liegt inzwischen eine allenfalls noch von Experten zu überschauende Fülle von Studien vor. Wir schätzen uns glücklich, dass mit Lutz Schrader einer dieser Experten für unsere Studierenden den Versuch unternommen hat, die fachliche Diskussion strukturiert darzustellen und in ausgewählten Texten zu (re)präsentieren. Demgemäß wird im ersten Teil ein zugleich differenzierter und kritischer Überblick über die bisherigen Forschungen gegeben. Teil 2 befasst sich mit der Kritik an bisherigen Theorieansätzen und entwickelt ein weiterführendes (sozial-konstruktivistisches) Forschungsprogramm. Der dritte Teil fasst ausgewählte Beiträge zur empirischen und theoretischen Debatte zusammen.

Aus dem Kreis derer, die zur Entstehung des Studienbriefes beigetragen haben, danke ich an dieser Stelle besonders dem Autor, Lutz Schrader, und dem fachlichen und redaktionellen Betreuer im Lehrgebiet, Martin List. Mein Dank gilt nicht zuletzt Laura Anna Friedrichs, die ebenso engagiert wie akribisch die Korrektur der Readertexte besorgt und an der Druckvorbereitung des Studienbriefes mitgewirkt hat.

Georg Simonis  
Lehrgebiet Politikwissenschaft II  
Internationale Konflikte und Umweltpolitik

Hagen, Februar 2006

## Vorstellung des Kursautors

Lutz Schrader, Dr. rer. pol., wurde 1953 in Weimar geboren. Von 1975 bis 1980 studierte er Internationale Politik am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam. 1983 promovierte er an demselben Institut zum Thema „Frankreichs politische und militärische Beziehungen zu den subsaharischen Staaten Afrikas in den 1970er und 1980er Jahren“. Neben der französischen Außen- und Innenpolitik spezialisierte er sich auf Themen der europäischen Sicherheit und internationalen Abrüstungspolitik sowie der westeuropäischen Integration und transatlantischen Kooperation. Zwischen 1991 und 1994 war er als Projektleiter und späterer Geschäftsführer an der Akademie für Sicherheit und Zusammenarbeit (ASZE) in Berlin tätig. In diese Zeit fiel auch die Mitgründung der deutsch-polnischen Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien *WeltTrends*, deren Redaktion er bis heute angehört. Von 1994 bis 1999 arbeitete er als Dozent und Koordinator am Weiterbildungszentrum der Universität Potsdam, zunächst in den Fächern Internationale Politik und politische Ideengeschichte/Theorie und dann in der Geschichte und Landeskunde Frankreichs. Nach seinem Wechsel im Frühjahr 1999 nach Köln war er zunächst am Institut Frieden und Demokratie der FernUniversität Hagen in einem Lehr- und Forschungsprojekt tätig. Seit September 2002 ist er dort wissenschaftlicher Mitarbeiter.

## Ausgewählte Veröffentlichungen

- Die Theorie des „demokratischen Friedens“. Innenansichten einer wissenschaftlichen Debatte, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, i.E.
- Nichtregierungsorganisationen in der deutschen Außenpolitik, in: Nitschke, Peter (Hrsg.): Die freiwillige Gesellschaft. Über das Ehrenamt in Deutschland, Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang Verlag, 2005.
- Unilateralismus vs. Global Governance. Die sog. Schurkenstaaten als Problem der internationalen Sicherheitspolitik, in: Behrens, Maria (Hrsg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.
- Vom liberalen zum demokratischen Frieden. Die Theorie des „demokratischen Friedens“ als konzeptionelle Alternative zu einer imperialen Weltordnung, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) (Hrsg.): Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption, Münster: Agenda Verlag, 2004, S. 199–213.
- Spontane Mobilisierung oder neue soziale Bewegung? Die weltweiten Proteste gegen den Irak-Krieg, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) (Hrsg.): Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die

- Konturen einer militärischen Globalisierung, Münster: Agenda Verlag, 2004, S. 206–224.
- Europas Antwort auf Bushs *Grand Strategy*, in: WeltTrends, No. 42, Frühjahr 2004, S. 37–50.
  - Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Jahre 3: Welcher Kurs angesichts der neuen „*Grand Strategy*“ der Bush-Administration, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Jihad vs. McWorld? Friedenspolitik im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und fundamentalistischer Bedrohung. Friedensbericht 2003, Münster: Agenda Verlag, 2003, S. 47–67.
  - Möglichkeiten und Grenzen von NGOs bei der Prävention und Bearbeitung gewaltsamer Konflikte, in: Mader, Gerald et al.: Zivile Konfliktbearbeitung. Eine internationale Herausforderung. Schriftenreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK), Bd. 8, Münster: agenda Verlag, 2001, S. 318–335.
  - Die Politik der EU-Osterweiterung – Defizite und Alternativen, in: Kurswechsel, 3/2000, S. 9–23.
  - Unschätzbare oder überschätzte Akteure? Möglichkeiten und Grenzen von NGOs bei der Prävention und Bearbeitung gewaltförmiger Konflikte, in: Wissenschaft & Frieden, 18. Jg., 4/2000, Oktober, S. 11–15.
  - Krieg für Menschenrechte? Der Kosovo-Krieg und der kosmopolitische Rechtspazifismus des Jürgen Habermas, in: Bilek, Anita/Graf, Wilfried/Kramer, Helmut (Hrsg.): Welcher Friede? Lehren aus dem Kosovo-Krieg. Beiträge der Wissenschaft, Münster: agenda Verlag, 2000.
  - (mit Brand, U., Brunnengräber, A., Stock, Chr., Wahl, P.): Global Governance – Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster: Westfälisches Dampfboot, 2000.
  - Der Kosovo-Krieg: Friedenstheoretische Analyse und friedenspolitische Auswirkungen, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) (Hrsg.): Europas Beitrag zum Frieden. Vom militärischen zum zivilen Konfliktmanagement, Münster: agenda Verlag, 2000, S. 208 - 240.
  - NGOs – eine neue Weltmacht? Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Politik, Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 2000.
  - Die Osterweiterung der Europäischen Union als Aufgabe der Politik, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Europa zwischen Krieg und Frieden. Geopolitische Hegemonie oder Gemeinsame Friedensordnung, Münster: Agenda Verlag, 1999, S. 109–149.
  - Die Europäische Union – „Völkerbund“ oder „Universalmonarchie“? In: Crome, Erhard/Schrader, Lutz (Hrsg.): Immanuel Kant und der internationale Frieden. Das Friedensproblem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 1996, S. 81–124.

## Kursbeschreibung

### Gegenstand

Aus dem Blickwinkel der Disziplin der Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung haben wir es mit einem Doppelbefund zu tun: Der strukturellen Kriegsabgeneigtheit reifer Demokratien in ihren gegenseitigen Beziehungen steht eine im Vergleich zu anderen Staaten nicht signifikant geringere Kriegsneigung gegenüber Nicht-Demokratien gegenüber. Über die Bewertung dieses Doppelphänomens herrscht in der *scientific community* der Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung keineswegs Einigkeit. Die Vertreter des (Neo-)Realismus wollen das drohende Ende ihrer Deutungshegemonie nicht akzeptieren. Und auch innerhalb der (neo-)liberalen Schule hält die Debatte an. Gestritten wird sowohl über die Gültigkeit und Verlässlichkeit der empirischen Befunde als auch um die Plausibilität der theoretischen Erklärungen für die Ursachen der Friedensfähigkeit demokratischer Staaten innerhalb der sogenannten OECD-Welt. Noch weit kontroverser sind die Antworten der mit dem Gegenstand befassten IB-Forscher und Friedenswissenschaftler, wenn es um die Kehrseite des „demokratischen Friedens“ geht, d.h. um die Deutung der Gründe für die Kriege zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Staaten.

In dem vorliegenden Studienbrief sollen der Ursprung und die Entwicklung der Debatte um die These bzw. Theorie des „demokratischen Friedens“ nachgezeichnet werden. Dazu geht der Blick zurück in die 1960er Jahre, in denen in den USA die ersten Forscher den Zusammenhang zwischen politischer Herrschaftsform und Außenpolitik thematisierten und zu empirisch gehärteten Hypothesen formten. Die Debatte begann aber erst so richtig 1983 mit der empirischen Grundlagenstudie von Rudolph J. Rummel (1983a) und der ersten umfassenden theoretischen Interpretation von Michael W. Doyle (1983a und b). Daraufhin erschienen Zeitschriftenaufsätze und Monographien in immer schnellerer Folge. Die Debatte hält bis heute an und hat sich in zahlreiche Nebenschauplätze ausdifferenziert.

Die wissenschaftliche Relevanz der empirischen und theoretischen Forschungen zum Phänomen des „demokratischen Friedens“ besteht in der Herausforderung der Deutungshegemonie des Realismus durch den Liberalismus. In den Hypothesen bzw. Thesen des „demokratischen Friedens“ kündigt sich ein Perspektivwechsel in der Theorie der internationalen Beziehungen an: An die Stelle der Strukturbedingungen des internationalen Systems (Macht der Staaten, Anarchie und Sicherheitsdilemma) als Grunddeterminanten außenpolitischen Handelns von Staaten tritt das Primat ihrer inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verfasstheit. Danach ist nicht mehr das Interesse souveräner Staaten an der Erweiterung ihrer Macht das zentrale Movers der internationalen Beziehungen, sondern der Charakter ihres Herrschaftssystems.

Die politische Bedeutung der These des „demokratischen Friedens“ erschließt sich unmittelbar, wenn man ihr Erklärungs- und Legitimationspotenzial für die weltweite Konsolidierung und Ausweitung demokratischer Herrschaftsverhältnisse bedenkt. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist der demokratische Westen dazu übergegangen, sein Politik- und Gesellschaftskonzept als universelles Modell zu propagieren und durchzusetzen. Neben der wirtschaftlichen Effizienz und dem Respekt der individuellen Menschenrechte wird die Abwesenheit von Kriegen in den Beziehungen zwischen demokratischen Staaten als besonders gewichtiges Argument zugunsten des „*democratic enlargement*“ angeführt. Zum ersten Mal zeichnet sich damit eine wissenschaftlich fundierte und politischen Erfolg versprechende Strategie für die Stiftung eines stabilen internationalen Friedens ab.

Es gibt also ausreichend Grund, die Theorie auf ihre empirische Fundiertheit und analytische Leistungsfähigkeit zu überprüfen. Dies erscheint umso dringlicher, als gerade nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und angesichts dynamischer Globalisierungsprozesse die Defizite der bisherigen empirischen und theoretischen Forschung zum „demokratischen Frieden“ nun stärker hervortreten. In empirischer Hinsicht ist insbesondere die Vernachlässigung sogenannter extrasystemischer (d.h. kolonialer und imperialer) Kriege sowie des Einsatzes militärischer Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle (z.B. zwischenstaatlicher militärischer Konflikte, militärischer Interventionen und verdeckter Aktionen) zu nennen. Hinzu kommt die unzureichende Analyse der inneren Voraussetzungen für ein friedliches Außenverhalten von Demokratien und die Unterschätzung der Problematik sich demokratisierender Übergangsgesellschaften als begünstigende Bedingung für den Rückgriff auf Gewalt und Krieg. Was den Stand der theoretischen Forschungen angeht, gibt es noch immer keine umfassende und kohärente Erklärung für die Janusköpfigkeit der Außenpolitik demokratischer Staaten. Das gilt sowohl für die Ermittlung der Ursachen der weitgehenden Abwesenheit von Krieg im Verhältnis zwischen Demokratien als auch für das gewalt- und kriegsbereite Verhalten demokratischer Staaten gegenüber Nicht-Demokratien. Vor dem Hintergrund des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels in der postkonfrontativen Welt erhöht sich nicht zuletzt die Dringlichkeit, sich über die zentralen Kategorien der Debatte – Krieg, Frieden, Demokratie, Demokratisierung – zu verständigen.

### **Ziel und Struktur des Kurses**

In dem Kurs stehen weniger Darstellung, Analyse und Bewertung des Zusammenhangs von Demokratie und Frieden als solcher im Vordergrund. Das Anliegen ist vielmehr, Ursprünge, Entwicklung und Aktualität einer wissenschaftlichen Debatte so nachzuzeichnen, aufzubereiten und zu problematisieren, dass sie für die Studierenden in produktiver Weise nachvollziehbar wird. Über die Darstellung und Erläuterung der konkreten Implikationen des Zusammenhangs von Demokratie und Frieden für die internationalen Beziehungen hinaus sollen die

Entfaltungsbedingungen und Eigengesetzlichkeiten einer wissenschaftlichen Diskussion in ihren verschiedenen Aspekten deutlich und verständlich gemacht werden. Die konkreten inhaltlichen Schwerpunkte und Fragestellungen des Forschungsfeldes werden also in erster Linie durch das Prisma der Debatte betrachtet.

Der *erste Teil* des Studienbriefs (Kurseinheit 1) gibt einen Überblick über die Forschungen und Debatten zum Phänomen des „demokratischen Friedens“, der sowohl die kritische Evaluation der empirisch-quantitativen Studien als auch die Darstellung und Erörterung des Standes der theoretischen Forschung einschließt. Die Bilanzierung des Standes der Debatte wird nicht im Stil eines lehrbuchartigen Resümees bei der Vorstellung einzelner Positionen und der Verdeutlichung des Diskussionsverlaufs stehen bleiben. Der Anspruch zielt weiter: Am Schluss der Kurseinheit soll der Studierende ein Verständnis für die Leistungen und Defizite der empirisch-quantitativen wie auch der theoretischen Forschungsansätze entwickelt haben und in der Lage sein, selbstständig Desiderate für die Weiterführung der wissenschaftlichen Arbeit im Forschungsfeld zu identifizieren.

In der *zweiten Kurseinheit* wird exemplarisch am Beispiel sozial-konstruktivistischer Theoriebildung ein Weg vorgeführt, wie die im ersten Teil identifizierten Forschungsdesiderate erfolversprechend bearbeitet werden können. Ausgehend von einer kurzen Bilanz des bisherigen Forschungsstandes, werden zunächst im liberalen Theoriefeld Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung der Theorie des „demokratischen Friedens“ ermittelt. Sodann wird Schritt für Schritt ein Grundriss für eine sozial-konstruktivistisch angeleitete Neufassung der Theorie entwickelt. Dies geschieht mit dem Ziel, einen Teil bislang unlösbar erscheinender grundsätzlicher theoretischer und methodologischer Fragen (sog. Aporien) in Angriff zu nehmen. Den Studierenden soll auf diese Weise ein möglichst realitätsnahes Bild von einem sozialwissenschaftlichen Forschungsprozess vermittelt werden. Sie erhalten gewissermaßen die Gelegenheit, einen Blick über die Schulter eines Sozialwissenschaftlers zu werfen und ihm bei der Arbeit zuzuschauen. Vielleicht gelingt es ja auf diese Weise, weitverbreitete Vorbehalte gegenüber (sozial-)wissenschaftlicher Theoriearbeit nicht nur zu zerstreuen, sondern auch in Verständnis und Interesse umzuwandeln!?

Die *dritte Kurseinheit* fasst schließlich einige wichtige und informative Beiträge (Zeitschriftenartikel und Buchkapitel) zur empirischen Forschung und theoretischen Debatte in einem Textreader mit Leitprogramm zusammen. Damit öffnet sich noch einmal die Perspektive über das gesamte Forschungsfeld. Angesichts des beschränkten Raumes kommen hauptsächlich Positionen zu Wort, die in der ersten Kurseinheit, in der die US-amerikanische bzw. klassische liberale Debatte im Mittelpunkt stand, nicht berücksichtigt werden konnten. Ein zweites Kriterium für die Auswahl der Texte bildet die Einbeziehung theoretischer Forschungsansätze, die über den Horizont liberaler Theoriebildung hinausreichen.

## Lehr- und Lernziele

Die Studierenden sollen durch die Erarbeitung des Kurses lernen,

- die Genesis wie auch die politische und wissenschaftliche Relevanz einer wissenschaftlichen Debatte nachzuvollziehen und zu beurteilen,
- die Stärken und Schwächen empirischer Forschung an einem konkreten Beispiel zu verstehen,
- die begrifflichen und theoretischen Prämissen eines Forschungsfeldes in ihren verschiedenen Aspekten zu erarbeiten und kritisch zu hinterfragen,
- die Eigengesetzlichkeit einer wissenschaftlichen Debatte in ihren verschiedenen Aspekten (u.a. Entwicklung, Bestätigung und Widerlegung von Hypothesen, kritische Auseinandersetzung mit den Vorarbeiten anderer Kollegen, Transparenz der Quellen und Argumente, Aufbau der Texte) zu erkennen und zu bewerten sowie
- die Anforderungen an die Arbeit an einer sozialwissenschaftlichen Theorie von der Bilanzierung des Forschungsstandes über die Identifizierung von Anknüpfungspunkten bis hin zu möglichen Weiterentwicklungen und methodischen Operationalisierungen zu ermessen und für eventuelle eigene Forschungsvorhaben produktiv zu machen.

## Zusätzlich empfohlene Literatur

Um den Zugang zu dem vorliegenden Kurs zu erleichtern, werden nachstehend einige grundsätzlichere Werke zur Einführung in das Themenfeld der Theorie der internationalen Beziehungen, der Friedensforschung und der Theorie des „demokratischen Friedens“ aufgelistet. Als weiterführende Lektüre werden zusätzlich einige Standardpublikationen und aktuelle Monographien von im Forschungsfeld besonders ausgewiesenen AutorInnen empfohlen:

### *Einführende Literatur*

- Czempiel, Ernst-Otto, 1998: Friedensstrategien, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Galtung, Johan, 1998: Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen: Leske und Budrich.
- Krell, Gert, 2000: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos.
- Link, Werner, 2001: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München: C. H. Beck.

### *Wichtige Beiträge zur Debatte*

- Russett, Bruce, 1995: Grasping the Democratic Peace: Principles for a Post-Cold War World. (Second Printing, with new preface and corrections), Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Ray, James Lee, 1995: Democracy and International Conflict. An Evaluation of the Democratic Peace Proposition, Columbia, SC: University of South Carolina Press.
- Elman, Miriam Fendius (Hrsg.), 1997: Paths to Peace. Is Democracy the Answer? Cambridge, MA, London: MIT Press.
- Russett, Bruce/Oneal, John R., 2001: Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations, New York, NY: W. W. Norton & Co.
- Henderson, Errol A., 2002: Democracy and War: The End of an Illusion? Boulder, CO: Lynne Rienner Pub.



## Kurseinheit 1

### Die Theorie des „demokratischen Friedens“. Innenansichten einer wissenschaftlichen Debatte

#### 1 Die politische und wissenschaftliche Bedeutung der Theorie des „demokratischen Friedens“

Ein dauerhafter und stabiler Frieden gehört zu den alten, weithin als unerfüllbar geltenden Träumen der Menschheit. Spätestens seit den Denkern der Aufklärung – erinnert sei besonders an Immanuel Kants Traktat „Zum ewigen Frieden“ – ist das ursprünglich vom Christentum ins Jenseits verlegte Heilsversprechen eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen und Völker zu einem zentralen Topos der politischen Philosophie geworden. Ausgangs des 18. Jahrhunderts machte sich Immanuel Kant – wie vor ihm Abbé de Saint-Pierre, Jean-Jacques Rousseau und andere – daran, die politischen, gesellschaftlichen und moralischen Voraussetzungen und Bedingungen eines Friedens, der mehr ist als ein stets gefährdeter Waffenstillstand, zu erkunden. Er formte die gewonnenen Einsichten und Schlussfolgerungen zu einer politischen Wirkung beanspruchenden Friedenstheorie. Ihr Kernstück ist die Vision eines internationalen Friedensbundes zwischen Republiken, der aufgrund der inneren gewaltenteiligen und repräsentativen Verfassung der beteiligten Staaten, der Verrechtlichung ihrer gegenseitigen Beziehungen und der Gewährleistung grenzüberschreitender Kontakte zwischen den Bürgern und Gesellschaften einen irreversiblen Frieden stiftet.

Die Vision vom „ewigen Frieden“

Immanuel Kants Friedenstheorie galt lange Zeit als eine hehre, aber ferne Vision. Nun scheint ihre Realisierung erstmals in greifbare Nähe gerückt zu sein. Erweise sich der von den Anhängern des „demokratischen Friedens“ behauptete friedensstiftende Zusammenhang von demokratischer Herrschaftsform und Frieden als zutreffend, würde dies die Voraussagen Immanuel Kants und anderer Vordenker einer nachhaltig friedlichen Weltordnung auf eindrucksvolle Weise bestätigen. Damit wäre der Kant'schen Friedenstheorie der Weg aus der philosophischen Studierstube in die politischen Entscheidungszentren geebnet. Aus vermeintlich weltfernem philosophischen Idealismus würde eine erfolgversprechende politische Strategie. Endlich hielte die Menschheit den Schlüssel für eine friedliche Zukunft in den Händen. Dies hätte weitreichende Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten wie auch auf die Theorie der internationalen Beziehungen und die Friedenswissenschaft.

Friedenstheorie als erfolgversprechende politische Strategie?

## 1.1 Die politische Bedeutung der Theorie des „demokratischen Friedens“

Weltfrieden durch weltweite Demokratisierung?

Mit der „dritten Welle“ der Demokratisierung (Huntington 1991) scheint eine Dynamik in Richtung der weltweiten Durchsetzung des westlichen Demokratie-modells als der dominierenden Form der politischen und gesellschaftlichen Organisation in Gang gekommen zu sein. Wenn sich die empirisch erwiesene Tatsache auch in der Zukunft bestätigt, wonach reife Demokratien gegeneinander im Prinzip keine Kriege führen, dann bestünde die erfolgversprechendste und zudem einzige Friedensstrategie, die überdies bereits ihren Praxistest bestanden zu haben scheint, in der Universalisierung demokratischer Herrschaftsverhältnisse.<sup>1</sup> Wenn dies so zutrifft, müsste sich eine auf Erfolg bedachte Friedensforschung und Friedenspolitik fürderhin hauptsächlich auf die Bedingungen der Ausweitung demokratischer Herrschaftsverhältnisse, konkret: die Qualifizierung der Demokratisierungshilfe und die Unterstützung des demokratischen Wandels, konzentrieren. Damit entsteht aus friedenswissenschaftlicher Perspektive die historisch gar nicht hoch genug zu veranschlagende Chance, den Frieden zwischen den Staaten dauerhaft zu gewährleisten. Die Utopie eines sicheren Weltfriedens scheint zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte zu einer realisierbaren Aufgabe der Politik geworden zu sein.

Ob im 21. Jahrhundert weitere „demokratische Wellen“ folgen werden und inwieweit dieser Prozess des Übergangs zur Demokratie friedlich gelingt, wird in hohem Maße von der Fähigkeit der demokratischen Staaten abhängen, ihre Strategie des „demokratischen Friedens“ gegenüber den nicht-demokratischen Staaten mit friedlichen und demokratieverträglichen Mitteln zu verwirklichen. Bisher ist dies keineswegs selbstverständlich. Noch gilt, dass sich die demokratischen Staaten in ihren Beziehungen zu nicht-demokratischen Staaten nicht weniger kriegerisch verhalten als nicht-demokratische Regime untereinander. Die Gestaltung des Verhältnisses demokratischer zu nicht-demokratischen Staaten ist mithin zur zentralen Herausforderung für die Friedenspolitik und Friedensforschung der kommenden Jahre und Jahrzehnte geworden. Die Erforschung des „demokratischen Friedens“ kann dafür zweifellos einen Beitrag leisten.

Es ist deshalb nur folgerichtig, dass Verfechter der Theorie und Idee des „demokratischen Friedens“ von diesem Befund Empfehlungen an die außenpolitischen Praktiker ableiten. Besonders in den USA, wo die Debatte um den Zusammenhang von Demokratie und Frieden ihren Anfang nahm und bis heute ihren Schwerpunkt hat, waren und sind die Forscher bemüht, den Präsidenten und seine Mitarbeiter

<sup>1</sup> James Lee Ray (1995: 8) formuliert den Zusammenhang wie folgt: „If politically free states do not fight one another, then the more democracies, the less international conflict.“

davon zu überzeugen, dass die amerikanische Sicherheitsdoktrin hauptsächlich darin bestehen müsse, „aktiv für die Verbreitung der Demokratie zu arbeiten“ (Russett 1993b: 135 ff.). Der Erfolg blieb nicht aus. Unter Präsident Clinton wurde die Theorie des „demokratischen Friedens“ zu einer der konzeptionellen Grundlagen der amerikanischen Außenpolitik. Der Entscheidung war ein vom damaligen Sicherheitsberater Anthony Lake organisiertes Treffen zwischen Politikern und Wissenschaftlern über die Theorie des „demokratischen Friedens“ vorausgegangen (Gates et al. 1996: 8, Fn. 9). Wenig später wurde das „*democratic enlargement*“ zu einem der zentralen konzeptionellen Stützpfeiler („dritte Säule“) der Außenpolitik der Clinton-Administration erhoben. Wenn es eine Clinton-Doktrin gab, dann wäre sie wohl am besten mit der Förderung der weltweiten Ausweitung der Demokratie beschrieben.<sup>2</sup>

Durch die Theorie des „demokratischen Friedens“ erhielt die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik gewissermaßen ihre wissenschaftlichen Weihen. Sie wurde gleichsam in den Stand des Vollstreckers eines „empirischen Gesetzes“ (Levy 1989a: 270) erhoben. Was aus der Sicht der Wissenschaft vielleicht noch sachliche Politikberatung ist, wird auf der Seite der Politik zu einer willkommenen Legitimationsressource und zu einem auch ideologisch und machtpolitisch brauchbaren Handwerkszeug:

*„The democratic peace theory thus provides direct support for a U.S. policy mission of promoting democracy abroad. It also suggest strategies for deciding which states should be considered current and potential U.S. enemies, and which can be considered fast friends“* (Elman 1997: 10).

Die möglichen Konsequenzen einer derart wissenschaftlichen Fundierung sind also zumindest zwiespältig. Einerseits kann die Überzeugung, sich „auf der richtigen Seite der Geschichte“ zu befinden (Rice 2000: 46), Selbstvertrauen und Kreativität für das Bemühen stiften, demokratischen (Herrschafts-)Verhältnissen in einer immer größer werdenden Anzahl von Staaten zum Durchbruch zu verhelfen. Andererseits liegt die Versuchung nahe, dass Selbstgefälligkeit und Ignoranz im Umgang mit nicht-demokratischen Staaten die Oberhand gewinnen. Von der Propagierung eines „Friedensuniversalismus im Dienst einer einzigen Idee“ (Siedschlag 1999) als analytischer und politischer Richtschnur für alle Sicherheitsherausforderungen „ist die Folgerung nicht weit, ein solcher Vollzug der Geschichte rechtfertigt die Anwendung aller Mittel“ (HSFK 2000: 3).

Wenn die Art und Weise, wie andere Staaten ihre inneren Angelegenheiten handhaben, zum wichtigsten Kriterium für die Wahrnehmung und die Entscheidung darüber wird, ob es sich um ein befreundetes oder ein gegnerisches Land handelt, wenn die politische Herrschaftsform anderer Staaten immer auch unter dem Aspekt ihrer Auswirkung auf die nationale Sicherheit der USA betrachtet

Die These des „demokratischen Friedens“ als politische Legitimationsressource

Risiken der Politik des „*democratic enlargement*“

<sup>2</sup> Transcript of Clinton Address, New York Times, January 26, 1994; Anthony Lake, „The Reach of Democracy“, New York Times, September 23, 1994.

wird, dann hat das einschneidende Konsequenzen für ihre Außen- und Sicherheitspolitik (Elman 1997: 2). Dann droht die Gefahr der Überdehnung der Ressourcen. Politisch besonders problematische und wirtschaftlich besonders kostspielige Grenzfälle dieser Überbeanspruchung sind militärische Interventionen. Die historische Bilanz der US-amerikanischen Versuche, auf diese Weise Demokratie zu stiften, ist sehr gemischt. Einerseits schlagen Erfolge wie die offenkundig gelungene Demokratisierung Deutschlands und Japans nach deren Niederwerfung im Zweiten Weltkrieg zu Buche, „aber große Kriege und Jahre der Besetzung waren erforderlich, um diese Veränderungen zu bewirken“ (Lynn-Jones 1996: xiv). Andererseits verweisen bislang weniger erfolgreiche „humanitäre Interventionen“ wie in Bosnien und im Kosovo oder die explizit mit dem angestrebten „Regimewechsel“ begründete Besetzung des Iraks, aber vor allem eindeutige Fehlschläge wie in Somalia und Haiti auf die Grenzen von außen induzierter Demokratisierungsversuche, zumal wenn diese mit den Mitteln militärischer Gewalt vorangetrieben werden.

Neue Akzentsetzung  
unter der Bush-  
Administration

Während sich Ende der 1990er Jahre in der IB-Forschung das Paradigma des „demokratischen Friedens“ weiter ausformte und bestimmte Kreise sogar so weit gingen, von der Notwendigkeit eines „neuen Zeitalters des liberalen Imperialismus“ zu sprechen (vgl. z.B. Rief 1999), legte die Bush-Administration nach ihrem Machtantritt zunächst erst einmal den Rückwärtsgang ein. In der seit jeher innerhalb der Republikanischen Partei dominierenden realistischen Tradition wurde die Wahrung und Durchsetzung US-amerikanischer Interessen (wieder) zur zentralen Richtschnur der Außen- und Sicherheitspolitik erhoben. Der Interventionismus der Clinton-Administration wurde mit dem Verweis auf die Überdehnung nationaler Ressourcen und die für das weltpolitische Image Washingtons schädlichen Misserfolge scharf kritisiert. Die Förderung von Demokratie und Marktwirtschaft blieb zwar das zentrale Anliegen US-amerikanischer Außenpolitik, doch wurde sie – so die außenpolitische Vordenkerin und Sicherheitsberaterin des neuen Präsidenten, Condoleeza Rice – nurmehr als „abgeleiteter Effekt“ der Verfolgung nationaler Interessen angesehen:

*„America’s pursuit of the national interest will create conditions that promote freedom, markets, and peace. Its pursuit of national interests after World War II led to a more prosperous and democratic world. This can happen again“* (Rice 2000: 47).

Fragen an die Außen-  
politik der Bush-  
Administration

Anders als unter der Clinton-Administration, die die Verbreitung von Demokratie als in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen der USA befindlich definierte, wurde nun die Durchsetzung nationaler Interessen als erste Priorität gesetzt und wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass dies auch förderlich für die weltweite Verbreitung von Demokratie (und Marktwirtschaft) sein werde. Nach den Terrorakten vom 11. September 2001 veränderte sich der Kurs ein weiteres Mal. Im Schatten der terroristischen Bedrohung erlangten innerhalb der Bush-

Administration die sogenannten Neokonservativen einen größeren Einfluss auf die Festlegung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses. In der *National Security Strategy* vom September 2002 (NSS 2002) wird die Förderung demokratischer Herrschaftsverhältnisse auf allen Kontinenten als dritte große Teilstrategie festgeschrieben:

*„We will defend the peace by fighting terrorists and tyrants. We will preserve the peace by building good relations among great powers. We will extend the peace by encouraging free and open societies on every continent“* (NSS 2002).

Die Kriege und die Besetzung Afghanistans und des Iraks sind die ersten Beispiele für eine militärisch flankierte Politik des „Regimewechsels“. Insbesondere der Irak-Krieg wurde bewusst als Exempel inszeniert, um der Welt zu demonstrieren, dass die Bush-Administration gewillt ist, ihr überlegenes militärisches Potenzial einzusetzen, um „einen Prozess in Bewegung zu setzen, der reaktionäre Regime überall im Mittleren Osten unterminieren und endgültig beseitigen könnte, wodurch der hauptsächliche Nährboden für Terrorismus beseitigt“ werden soll (Gaddis 2002: 54). Die proaktive Politik militärisch gestützter Demokratisierung ist so zu einem zentralen Element der Strategie gegen die terroristische Gefahr und zur Wahrung US-amerikanischer Interessen in der Welt geworden.

Thomas Carothers (2003) macht in seinem instruktiven Überblick über die weltweite Demokratisierungskampagne der Bush-Administration auf deren Inkonsequenz und innere Widersprüchlichkeit aufmerksam. So hat er beobachtet, dass der US-Präsident in diesem Bereich wie „eine gespaltene Persönlichkeit“ agiere. Während George W. Bush als „Neo-Reaganianer“ lautstark zur Demokratisierung des Mittleren Ostens aufrufe, halte er als „Realist“ an der machtpolitisch motivierten Unterstützung diktatorischer Regime fest, wenn dies den Sicherheitsinteressen und insbesondere der Anti-Terrorpolitik der Vereinigten Staaten dienlich sei. Die Hauptursache für diese Inkohärenz verortet der Autor in dem „jahrzehntealten Kampf um die außenpolitische Seele der Republikanischen Partei“ zwischen stärker machtpolitisch orientierten Realisten und messianistisch eingestellten Reaganianern. Von beiden Polen aus sieht Carothers den „Wert“ und die „Legitimität“ der Demokratisierungs- und Anti-Terrorstrategie der Bush-Administration gefährdet. Einerseits könnte die Überzeichnung der realistischen Tradition dazu verleiten, die „Demokratieförderung auf eine instrumentale Strategie zur Erreichung von für die US-Interessen vorteilhaften Ergebnissen“ zu reduzieren. Andererseits liege in der messianischen Tendenz die Gefahr, „Amerikas Fähigkeit zu überschätzen, Demokratie zu exportieren“ (Carothers 2003: 96/97).

Hier treten in neuem Gewand die beiden grundlegenden Kontinuitätslinien der US-amerikanischen Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte zutage: ein auf die Durchsetzung von Großmachtinteressen fokussierender Realismus und ein auf die Verbreitung der liberalen Ideologie und Herrschaftsform ausgerichteter Messianismus. In Abhängigkeit von den jeweiligen politischen Mehrheiten und der

weltpolitischen Konstellation trat bisher mal die eine und mal die andere Linie stärker in den Vordergrund. Wie schon einmal unter der Präsidentschaft Ronald Reagans sind in der Bush-Administration beide Tendenzen eine enge Verbindung eingegangen. Für diese widersprüchliche Symbiose ideologisch aufgeladener Machtpolitik hat sich im politischen Sprachgebrauch der Begriff des Neokonservatismus durchgesetzt. Seine Vertreter werden in Washington gemeinhin als *NeoCons* bezeichnet.

Forschungsdesiderate  
aus politischer Perspek-  
tive

Es wird sich erweisen, ob der neokonservative Kurs der Bush-Administration besser als der liberale Interventionismus der Clinton-Administration geeignet ist, die Durchsetzung amerikanischer Interessen mit der weltweiten Ausweitung demokratischer Herrschaftsverhältnisse zu verbinden. Bewährt sich eine stärkere Disziplinierung der (demokratischen) Verbündeten unter der unangefochtenen US-amerikanischen Führung oder eine offene und gleichberechtigte Kooperation? Sollten unbotmäßige autoritäre Staaten mit einem relevanten Macht- und Störpotenzial (sog. Schurken- bzw. Risikostaaen) massivem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Druck ausgesetzt werden oder ist eine Politik der Öffnung und Einbindung dieser Staaten erfolgversprechender? Wie sollte sich die immer größer werdende Gemeinschaft demokratischer Staaten gegenüber potenziellen Bedrohungen seitens nicht-demokratischer Regime schützen – durch die Aufrechterhaltung einer unanfechtbaren militärischen Überlegenheit und die Aufrichtung eines undurchdringlichen Abwehrschildes oder durch eine Politik der kooperativen Sicherheit?

Zur Beantwortung dieser Fragen bedarf es weiterer Forschungen zu den Bedingungen und außenpolitischen Folgen demokratischer Herrschaft. Vom Standpunkt ihrer außen- und weltpolitischen Relevanz lassen sich die Forschungsdesiderate in Bezug auf die Theorie des „demokratischen Friedens“ auf drei Problemkomplexe eingrenzen:

Bedingungen friedens-  
fähiger demokratischer  
Herrschaft tiefer  
ausloten!

(1) Die entscheidende Voraussetzung für die weltweite Ausweitung demokratischer Herrschaftsverhältnisse sind die Stabilität, Irreversibilität und Attraktivität der bestehenden Demokratien sowie die fortwährende Bestätigung ihrer strukturellen Friedfertigkeit in ihren gegenseitigen Beziehungen. Für die Außenpolitik der USA, aber auch aller anderen demokratischen Staaten ist von unmittelbar politischer Bedeutung, ob ihre (demokratischen) Verbündeten machtpolitische Rivalen bleiben bzw. ob sie infolge veränderter innenpolitischer Konstellationen in nicht-demokratische Herrschaftsformen „zurückfallen“ könnten:

*„By contrast, if democracy does not cause peace between democracies and if democratic wars are possible, then U.S. policy makers should more vigilantly monitor the military potential of current democratic allies. Nor can the United States afford to ignore domestic political developments in fellow de-*

*mocratic countries; since new leaders with new world views may come to power, critics suggest that efficient deterrence (rather than stable democracy) is the path to peace“ (Elman 1997: 10).*

Es ist also eine dringende Aufgabe der Forschungen zum „demokratischen Frieden“, die Bedingungen stabiler und friedensfähiger demokratischer Herrschaft noch tiefer auszuloten.

- (2) Erhebliche politische Konsequenzen hat die Art und Weise, in der sich das „*democratic enlargement*“ in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vollziehen wird – durch zunehmende Kooperation zwischen den Staaten und die Begegnung der Gesellschaften oder in einer langen Periode zwischen- und innerstaatlicher Krisen und Kriege. Der US-amerikanische Vordenker des „demokratischen Friedens“, Michael W. Doyle, leitet aus Kants Friedenstheorie einen „transnationalen“ und einen „internationalen“ Weg zum Frieden ab. Während der erstere in der Verbreitung liberaler/demokratischer Ideen „durch die Bindungen des Handels, des kulturellen Austauschs und der politischen Verständigung“ besteht, ergibt sich der zweite aus „dem Druck der Unsicherheit und wirklichem Krieg“ (Doyle 1983b: 351). Der internationale Weg finde insbesondere darin seine empirische Bestätigung, dass sich im Ergebnis der großen europäischen Kriege der zweiten Hälfte des 19. und 20. Jahrhunderts zahlreiche monarchische und autoritäre Staaten zu Demokratien gewandelt haben. Das Ende des Kalten Krieges sei dagegen ein Beispiel für den demokratischen Wandel auf „transnationalem Weg“ (ebd.).

Chancen für die friedliche Verbreitung von Demokratie?

Die außenpolitisch Handelnden in den demokratischen Staaten benötigen deshalb einen wissenschaftlich fundierten Aufschluss darüber, wie künftig der angestrebte demokratische Wandel auf friedlichem Wege und möglichst ohne destabilisierende Krisen begleitet und gefördert werden kann.

- (3) Ungeachtet der großen Präsenz von Kriegen im kollektiven Bewusstsein der Völker und der Verheerungen, die von ihnen ausgingen, sind zwischenstaatliche Kriege in den vergangenen zwei Jahrhunderten ein vergleichsweise seltenes Ereignis gewesen. Zwischen 1816 und 1992 haben 75 zwischenstaatliche Kriege stattgefunden. Es gab immer wieder – auch und gerade zu Zeiten, da erst noch wenige demokratische Staaten existierten – relativ friedliche Perioden in den internationalen Beziehungen. Und in dem genannten Zeitraum war rund die Hälfte aller Staaten in keinen zwischenstaatlichen Krieg verwickelt. Es muss also neben den demokratischen Herrschaftsverhältnissen auch noch andere Ursachen für das friedliche Verhalten von Staaten untereinander gegeben haben. Jede kluge Politik ist gut beraten, die Gesamtheit der Bedingungen und Motive für eine friedliche Außenpolitik in Rechnung zu stellen.

Andere Ursachen für Frieden?

Wenn sich die These des „demokratischen Friedens“ auch im Lichte weiterer Forschungen und künftiger politischer Entwicklungen als empirisch stichhaltig und theoretisch plausibel erweisen sollte, darf die wissenschaftliche Verfolgung anderer möglicher Friedensursachen keinesfalls vernachlässigt werden. Auch

geht es darum, Synergieeffekte zwischen unterschiedlichen Friedensursachen aufzufinden und im politischen Handeln zu berücksichtigen.

### **ÜBUNGSAUFGABE 1:**

#### Übungsaufgabe 1

Zeigen Sie in einer Argumentation zu *einem* außenpolitischen Handlungsfeld der Bundesrepublik Deutschland (siehe Aufzählung) die politische Bedeutung der weiteren Erforschung des „demokratischen Friedens“ auf!

- NATO-Osterweiterung;
- EU-Osterweiterung;
- Russlandpolitik;
- Bündnispolitik innerhalb der NATO.